

Demokratisierung MDV

Antragstellende: Maximilian Protzner

Nummer: 19/125

Die Stadtverwaltung und der Oberbürgermeister werden beauftragt, durch ihre Beteiligung am Mitteldeutschen Verkehrsbund (MDV) über die Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) bzw. den Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) für eine strukturelle Beteiligung an allen Prozessen des MDV durch die Bürger*innen oder deren demokratischen Repräsentationen einzustehen. Dabei soll explizit die Einbindung der Vertretungen der besonderen Nutzer*innen-Gruppen Renter*innen, Jugendliche und körperlich Eingeschränkte fokussiert werden.

Über den Stand der Verhandlungen legt die Stadtverwaltung jährlich einen Bericht zur Kenntnisnahme für den Stadtrat und das Jugendparlament vor, bis eine abschließende Entscheidung im MDV getroffen wurde. Darin sollen alle Bemühungen seitens der Stadtverwaltung und des Oberbürgermeisters, die dem oben genannten Ziel förderlich sind, dargelegt werden.

Finanzierung		
Sachkosten		
Jugendfonds		
Sonstiges:		

Angestrebte Deckungsquelle in Spalte 2 mit "X" markieren und in Spalte 3 Summe notieren.

Begründung

Schon die Stadt Leipzig stellt mit dem Fahrgastbeirat der LVB kein Paradebeispiel für öffentliche Beteiligung dar. Meret Sophie Noll erklärt in einer Anhörung im Landtag zu einem ähnlich gesinnten Gesetzesentwurf: "Rechte haben wir de facto keine. Wir haben eine Aufgabe, eine Funktion bekommen, aber keine Rechte, auf die wir uns berufen können. Angesprochene Probleme und Lösungsvorschläge werden in den Sitzungen von anwesenden Mitarbeitern kaum aufgenommen. Stellungnahmen können lediglich über die LVB und nicht selbstständig an die Öffentlichkeit getragen werden."(1)

Der Umstand jedoch, dass im MDV demokratische Mitbestimmung gar nicht erst simuliert wird, sondern direkt ausgeschlossen, ist mehr ein Armutszeugnis für die gesamte Region als ein Zeichen für unbürokratisch-funktionalen Nahverkehr. (2)

Während im "Bericht zur Entwicklung des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes (MDV)" von 2015/2016 zumindest noch die Beteiligung der Politik in den MDV eine Rolle spielt, findet sich das Wort "Beteiligung" (u.ä.) in den gleichnamigen Berichten von 2013/2014 und 2017 bereits nur noch als unternehmerische Beteiligung wieder. Auch auf den Seiten des MDV selbst, der LVB oder des ZVNL finden sich keine Anhaltspunkte für eine demokratische Beteiligung an der Gestaltung des MDV wieder. Die Webseite des MDV kennt nicht einmal die demokratische Beteiligung als Begrifflichkeit. (3)

Diese Analyse des Ist-Standes, zusammen mit der Feststellung, dass der ÖPNV als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge "unter Beteiligung aller für die Ermittlung des „öffentlichen Interesses“ wichtigen Akteure festgelegt werden" (VCD) muss, kann nur einen Handlungsbedarf ergeben.(4)

Dass diese Beteiligungsstruktur, wenn sie denn existiert, sehr gut angenommen wird und zu realen Ergebnissen, die im Sinne der Fahrgäste und der Verkehrsunternehmen sind, zeigen Beispiele aus dem Verkehrsverbund Oberelbe (VVO), wo weit über 60 Akteure in die Gestaltung des neuen Nahverkehrsplans

einbezogen worden (darunter viele zivilgesellschaftliche Interessenvertretungen), oder dem Verkehrsverbund Vogtland (VVV), wo im Vorfeld zur Erweiterung des PlusBus-Angebotes diverse, zahlreich besuchte Kundenforen stattfanden.

Die Vertretung der besonderen Nutzer*innen-Gruppen sollte selbstredend sein. Körperlich eingeschränkte Menschen, Jugendliche und Senior*innen sind aus verschiedenen Gründen aber gleichermaßen mehr auf den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) angewiesen als "Durchschnittsbürger*innen". Wir, als Vertretung der Leipziger Jugend, sehen über den Weg der Stadtverwaltung und des Oberbürgermeisters ein geeignetes Mittel, um ein Anliegen in die Region zu tragen, welches sicher durch die verbleibenden Gebiete geteilt wird.

Die Art und der Umfang der Mitbestimmung der Nutzer*innen direkt bzw. über ihre Repräsentation ist sicherlich von vielen Faktoren abhängig zu machen, nicht zuletzt den Kapazitäten, die innerhalb des MDV existieren oder geschaffen werden müssen. Daher möchten wir hier keine konkreten Vorschläge machen. Zuletzt sollte dargelegt werden, wozu der jährliche Bericht notwendig ist; die Stadtverwaltung als auch der Oberbürgermeister haben kein direktes Mitspracherecht in jedweden Belangen des MDV. Es wäre also viel zu kurz gedacht, einen Auftrag, der so komplex ist, aufzugeben, ohne die Möglichkeit zur Stellungnahme durch Stadtverwaltung und Oberbürgermeister. Dieses Instrument soll also einerseits darlegen, dass auch ohne sichtbare Ergebnisse die Stadtverwaltung und der Oberbürgermeister in der Sache bemüht sind, als auch die Möglichkeit zur demokratischen Kontrolle der strategischen Ausrichtung in dieser Frage bieten.

Bei der Befassung mit dem Thema wird jeder Person auffallen, dass Sachsen im puncto Beteiligung bei der öffentlichen Daseinsvorsorge grundsätzlich das deutschlandweite Schlusslicht bildet, aber insbesondere beim ÖPNV. Wir in Leipzig haben die Möglichkeit, dies in unserem Wirkungsbereich des MDV so gut es geht zu ändern.

Referenzen:

- (1) <https://www.l-iz.de/politik/sachsen/2019/05/Landtagsmehrheit-lehnt-Gesetzentwurf-der-Linken-fuer-Mitsprache-der-Fahrgaeste-beim-OePNV-ab-276814>
- (2) Plenarprotokoll 6/92(2) des Sächsischen Landtages, Seiten 9297 ff. (Abrufbar über <http://edas.landtag.sachsen.de/>)
- (3) <https://www.mdv.de/?s=beteiligt>
- (4) <https://www.vcd.org/themen/oeffentlicher-personennahverkehr/personenbefoerderungsgesetz/>